

Thomas Sablowski

## Krisentendenzen der Kapitalakkumulation

Angesichts der Implosion der New Economy und der mit ihr verbundenen Aktienbaisse, der gehäuften Finanzkrisen in den ›Schwellenländern‹, der drohenden Entwertung des US-Dollar und der ungebrochenen Stagnationstendenz in der Weltwirtschaft ist eine Diskussion über Akkumulations- und Krisentheorien hochaktuell. Eine Untersuchung der marxischen Kritik der politischen Ökonomie unter dem Gesichtspunkt ihrer Relevanz für die Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus stößt dabei auf ein Problem: Es gibt nicht *die* marxische Krisentheorie, sondern eine ganze Reihe von krisentheoretischen Ansätzen und Argumenten, die auf den ersten Blick oftmals widersprüchlich erscheinen und entsprechend zu Kontroversen über »die richtige« marxistische Krisentheorie Anlass gegeben haben (vgl. Itoh 1976; Clarke 1994; Heinrich 1999, 311-70). Bei Marx und in der marxistischen Diskussion lassen sich mindestens drei krisentheoretische Ansätze unterscheiden: 1. das *Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate*, 2. die so genannte *Profit-Squeeze-Theorie* und 3. *Unterkonsumtions-, Überproduktions- und Disproportionalitätskrisentheorien*. Alle drei Ansätze sind sowohl zur Erklärung zyklischer Krisen als auch zur Bestimmung längerfristiger Entwicklungstendenzen der Kapitalakkumulation herangezogen worden. Jeder der genannten Ansätze kann – so meine These – dazu beitragen, bestimmte Wirkungszusammenhänge der kapitalistischen Produktionsweise zu erhellen, doch keiner ist im engeren Sinne ausreichend, um ihre kontingente historische Krisendynamik zu bestimmen. Eine kritische Diskussion der Logik dieser krisentheoretischen Ansätze verweist zugleich auf die Notwendigkeit von theoretischen Konzepten wie denen der Regulationstheorie, die zwischen dem von Marx entwickelten Begriff der kapitalistischen Produktionsweise in ihrem »Durchschnitt« (MEW 25, 839) und der Analyse historisch-konkreter und komplexer Entwicklungen vermitteln. Im folgenden werde ich zunächst die drei genannten krisentheoretischen Ansätze kurz diskutieren (1-3) und gesondert auf die monetäre Dimension des Akkumulationsprozesses eingehen (4), um die Unzulänglichkeit von Krisentheorien deutlich zu machen, die von monetären Zusammenhängen abstrahieren. Im Anschluß werde ich regulationstheoretisch informierte Überlegungen zur Krise des Fordismus und zu den Perspektiven eines neuen Akkumulationsregimes skizzieren (5-6).<sup>1</sup>

---

1 Dieser Text greift auf Überlegungen zurück, die bereits an anderer Stelle dargestellt wurden (vgl. Sablowski 2003), und entwickelt sie weiter.

### *1. Steigende Wertzusammensetzung des Kapitals, relative Übervölkerung und tendenzieller Fall der Profitrate*

Für Marx' Darstellung der langfristigen Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Produktionsweise ist die Annahme einer steigenden Wertzusammensetzung des Kapitals zentral, die er mit der wachsenden Arbeitsproduktivität begründet. Marx nimmt an, dass der vermehrte Einsatz von Maschinerie die dominierende Form der Senkung der Produktionskosten und der Steigerung der Produktivkraft der Arbeit ist. Die ständigen technischen und organisatorischen Veränderungen des Produktionsprozesses rücken damit in das Zentrum der marxischen Kapitaltheorie, während sie in gleichgewichtsorientierten ökonomischen Theorien aus der Betrachtung mehr oder weniger ausgeschlossen werden. Maschinerie wird zum Zwecke der Kostensenkung eingeführt, wenn die damit verbundenen Mehrausgaben an »konstantem Kapital«, d.h. in Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstände investiertem Kapital, geringer ausfallen als die Einsparung an »variablem Kapital«, d.h. in die Entlohnung der Arbeitskräfte investiertem Kapital. Die Einsparung von Arbeitskräften durch Einsatz von Maschinerie (in Form der unmittelbaren Freisetzung von Arbeitskräften oder in Form eines größeren Produktionsausstoßes bei gleichbleibendem Arbeitseinsatz) führt unmittelbar zu einem Anwachsen des konstanten Kapitals im Verhältnis zum variablen, d.h. zu einer steigenden Wertzusammensetzung des Kapitals.

Allerdings sind die widersprüchlichen indirekten Wirkungen zu beachten, die sich aus der gesellschaftlichen Verallgemeinerung dieser Veränderungen der Produktionstechnik ergeben. Die neuen Produktionsmethoden, die ja eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität mit sich bringen, führen einerseits zu einer Verbilligung der Lebensmittel, die für die Reproduktion der Arbeitskräfte notwendig sind, d.h. zu einer Senkung des Werts der Arbeitskraft, die wiederum in einer steigenden Wertzusammensetzung des Kapitals resultiert. Andererseits führen sie zu einer Verbilligung der Elemente des konstanten Kapitals, d.h. zu einer sinkenden Wertzusammensetzung des Kapitals. Um nun die Tendenz einer langfristig steigenden Wertzusammensetzung des Kapitals zu begründen, müsste gezeigt werden, dass die mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität einhergehende Verbilligung der Elemente des konstanten Kapitals die anderen Momente – unmittelbare Vermehrung des konstanten Kapitals relativ zum variablen Kapital, Senkung des Werts der Arbeitskraft – nicht kompensieren kann. Diesen Beweis ist Marx letztlich schuldig geblieben (vgl. MEW 23, 651f; 26.3, 356ff).

Eine von ihm nicht explizit angestellte, weitere Überlegung zeigt jedoch, dass langfristig ein Anstieg der Wertzusammensetzung zumindest plausibel ist. Die Verbilligung der Elemente des konstanten Kapitals könnte nur dann zu einem Sinken der Wertzusammensetzung führen, wenn das Wachstum der Arbeitsproduktivität in der Produktion von Produktionsmitteln (Abteilung I) auf Dauer höher wäre als in der Produktion von Konsumgütern (Abteilung II). Selbst dann würde jedoch die Produktivitätssteigerung in Abteilung I indirekt zu einer Verbilligung der Konsumgüter, d.h. zu einer Senkung des Werts der Arbeitskraft führen. Die Beschleunigung der

Produktivitätssteigerung in Abteilung I müsste also nicht nur die zuvor genannten Effekte kompensieren, sondern auch den von ihr selbst ausgelösten indirekten Effekt auf den Wert der Arbeitskraft. Dies ist zwar nicht undenkbar, aber doch eher unwahrscheinlich (vgl. Heinrich 1999, 322).

Mit der steigenden Wertzusammensetzung des Kapitals begründet Marx die Tendenz zur fortschreitenden Produktion einer »relativen Übervölkerung« oder »industriellen Reservearmee«, d.h. einer gemessen an den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals überflüssigen Arbeiterschaft (vgl. MEW 23, 657ff). Das Konzept ist gegen die von Malthus vertretene Bevölkerungstheorie gerichtet, der in einer zu hohen Fortpflanzungsrate der Arbeiterklasse den Grund für Arbeitslosigkeit und Elend sah. Marx versucht zu zeigen, dass die Kapitalakkumulation selbst zu wachsender Arbeitslosigkeit führt. Dies unterstellt, dass die mit der wachsenden Wertzusammensetzung des Kapitals verbundenen Freisetzungseffekte größer sind als die mit dem Wachstum des Kapitals verbundenen Beschäftigungseffekte. Dies entspricht zwar der Erfahrung der letzten Jahrzehnte in Europa, wo die Arbeitslosigkeit mit jeder konjunkturellen Krise ein höheres Niveau erreicht hat. Theoretisch wird die langfristige Zunahme der »relativen Übervölkerung« als allgemeine Tendenz des Kapitalismus von Marx jedoch unzulänglich begründet. Plausibel ist allerdings, dass eine »industrielle Reservearmee« in den konjunkturellen Zyklen immer wieder hergestellt wird, da »Vollbeschäftigung« zu steigenden Löhnen führt, die die Akkumulation bremsen und so einen Anreiz zur Einführung neuer, arbeitssparender Produktionstechnologien darstellen. »Vollbeschäftigung« ist somit stets nur eine vorübergehende Situation, in der Regel existiert ein mehr oder weniger großes Arbeitslosenheer (vgl. Heinrich 1999, 323f).

Mit der dauerhaft steigenden Wertzusammensetzung des Kapitals begründet Marx auch das »Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate«, mit dem er zu zeigen versucht, dass Mittel und Zweck kapitalistischer Produktion, die notwendige Produktivkraftentwicklung und die schrankenlose Verwertung des Kapitals, in unauf löslichem Widerspruch zueinander stehen und dass die Kapitalakkumulation ihre eigenen immanenten Schranken produziert (vgl. MEW 25, 221ff). Allerdings ist der tendenzielle Fall der Profitrate unzulänglich begründet. Es müsste gezeigt werden, dass die Wertzusammensetzung des Kapitals langfristig schneller steigt als die Mehrwert rate oder, was auf dasselbe hinausläuft, dass das Gesamtkapital schneller wächst als die Mehrwertmasse. Dies ist jedoch nicht möglich. Man kann zwar die Bewegungsrichtung der einzelnen Größen angeben, die die Profitrate bestimmen, aber nicht ihre relative Bewegungsgeschwindigkeit (vgl. dazu ausführlich Heinrich 1999, 327ff).

Berücksichtigt man Marx' eigenes Argument, dass zusätzliche Maschinerie nur dann eingeführt wird, wenn der Mehraufwand an konstantem Kapital durch eine größere Einsparung an variablem Kapital kompensiert wird (vgl. MEW 23, 414), so zeigt sich, dass die Profitrate bei der Einführung neuer Technologien zum Zwecke der Produktivitätssteigerung nicht nur nicht fällt, sondern zunächst steigt, und zwar sowohl für das betreffende Einzelkapital als auch für das gesellschaftliche Gesamt-

kapital (vgl. Okishio 1974; Heinrich 1999, 337ff). Es kann gleichwohl zu einem Fall der Profitrate kommen, wenn aufgrund von Klassenauseinandersetzungen die Reallöhne schneller steigen als die Arbeitsproduktivität. Ein allgemeines Gesetz über die langfristige Entwicklungstendenz der Profitrate lässt sich jedoch auch unter Berücksichtigung dieser Faktoren nicht ableiten.

Man könnte zur Verteidigung der marxischen Darstellung einwenden, dass dieser selbst das »Gesetz« nicht deterministisch verstanden wissen wollte. Leitet Marx einerseits den Fall der Profitrate aus der steigenden Wertzusammensetzung des Kapitals ab, so konzediert er andererseits, dass »entgegenwirkende Einflüsse« im Spiel sind, »welche die Wirkung des allgemeinen Gesetzes durchkreuzen und aufheben und ihm nur den Charakter einer Tendenz geben, weshalb wir auch den Fall der allgemeinen Profitrate als einen tendenziellen Fall bezeichnet haben« (MEW 25, 242). Marx' Sortierung der widersprüchlichen Auswirkungen der Steigerung der Produktivkraft der Arbeit in Tendenz und Gegenteilendungen, die durch Engels Bearbeitung des Manuskripts noch verstärkt wurde, produziert allerdings Missverständnisse. Die Rede vom Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate wäre nur dann begründbar, wenn die Privilegierung der Tendenz zur Steigerung der Wertzusammensetzung des Kapitals gegenüber den Gegenteilendungen begründet wäre. Ansonsten könnte man ebenso gut vom »Gesetz des tendenziellen Anstiegs der Profitrate« aufgrund der Tendenz zur Steigerung der Mehrwertrate und von der Gegenteilendung der steigenden Wertzusammensetzung des Kapitals sprechen.

## 2. *Unterkonsumtions-, Überproduktions- und Disproportionalitätskrisentheorien*

Diese Krisentheorien beziehen sich auf die Widersprüche zwischen Produktions- und Zirkulationssphäre und auf die Überproduktion von Waren bzw. Probleme der Realisierung des produzierten Mehrwerts als Krisenursache. Unterkonsumtionstheorien wurden bereits vor Marx von Ökonomen wie Malthus und Sismondi vertreten. Das Grundmuster unterkonsumtionstheoretischer Argumentation verläuft etwa folgendermaßen: Der Umfang des kapitalistischen Reproduktionsprozesses wird durch den Umfang der zahlungsfähigen Nachfrage nach Waren bestimmt. Dabei dient die Produktion von Produktionsmitteln (Abteilung I) letztlich der Produktion von Konsumgütern (Abteilung II), so dass die Konsumnachfrage ausschlaggebend ist. Die Lohnabhängigen, die die große Masse der Gesellschaft darstellen, können mit ihren Löhnen wegen der antagonistischen Produktions- und Verhältnisse aber nur einen Teil des von ihnen geschaffenen Nettoprodukts kaufen: Kehrseite der Mehrwertproduktion ist eine »Nachfrangelücke«. Diese kann durch den Konsum der Kapitalisten trotz allem Überfluss und Luxus nicht geschlossen werden. Die Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise impliziert, dass mit dem Wachstum der Produktivität die Produktionskapazität schneller wächst als die Konsumnachfrage, so dass sich die Nachfrangelücke tendenziell vergrößert.

Obwohl Marx selbst an verschiedenen Stellen unterkonsumtionstheoretisch argumentierte (z.B. MEW 40, 324ff, 335; 25, 501; 24, 318), lieferte er mit den

»Reproduktionsschemata« im 1885 erschienenen zweiten Band des *Kapital* und mit anderen Überlegungen in seiner Kritik der politischen Ökonomie auch die Grundlagen für die Kritik an der Unterkonsumtionstheorie (z.B. 24, 409f). Die Reproduktionsschemata zeigen, dass eine erweiterte Reproduktion des Kapitals im Prinzip dann – und nur dann – möglich ist, wenn bestimmte sektorale Proportionalitätsbedingungen erfüllt sind. Krisen lassen sich auf der Basis der Reproduktionsschemata dann eher als Disproportionalitätskrisen interpretieren, die aus der »Anarchie des Marktes« resultieren. Der methodische Stellenwert der Reproduktionsschemata wird freilich missverstanden, wenn geglaubt wird, daraus den realen historischen Verlauf kapitalistischer Akkumulation ableiten zu können, wie dies in der früheren sozialistischen Diskussion sowohl die Verfechter von »Zusammenbruchstheorien« als auch diejenigen, die einen krisenfreien, »organisierten« Kapitalismus für möglich hielten, für sich in Anspruch nahmen (vgl. Rosdolsky 1968, 524ff; Hickel 1973).

Der grundlegende Einwand gegen die Unterkonsumtionstheorie zielt darauf, dass diese die Produktion von Produktionsmitteln einfach als eine Funktion der Nachfrage nach Konsumgütern behandelt, so als wäre der Kapitalismus eine Planwirtschaft mit einem vertikal integrierten Produktionsapparat. Die Kritik läuft darauf hinaus, dass die »Nachfrangelücke« im Prinzip durch eine vermehrte Investitionsnachfrage der Kapitalisten geschlossen werden kann, so dass eine erweiterte Reproduktion möglich ist. Um die Überproduktion von Waren zu erklären, müssen der widersprüchliche Zusammenhang von Produktion und Zirkulation im Zusammenhang betrachtet und die unterschiedlichen Komponenten der effektiven Nachfrage in ihrer relativen Eigenständigkeit analysiert werden (vgl. MEW 25, 254f). In neueren überproduktionstheoretischen Ansätzen wird dieser Kritik durchaus Rechnung getragen (vgl. z.B. Priewe 1988; Brenner 1998, 2003).

### 3. Die Profit-Squeeze-Theorie

Die Profit-Squeeze-Theorie sieht in dem mit der Akkumulation wechselnden Umfang der »industriellen Reservearmee« und in der dadurch bedingten Entwicklung der Lohnquote die Grundlage zyklischer Krisen (vgl. z.B. Goodwin 1967; Glyn/Sutcliffe 1974). Sie schließt damit an die marxsche Bemerkung, steigende Löhne seien der »Sturmvogel einer Krise« (MEW 24, 409), und an seine Darstellung des Zusammenhangs von Akkumulation und industrieller Reservearmee im 23. Kapitel des ersten Bandes des *Kapital* (23, 645ff) an sowie an entsprechende Passagen im dritten Band des *Kapital*, wo Marx die Überakkumulation von Kapital mit einer Verteuerung der Arbeitskraft begründet (25, 262ff). Das Grundmodell der Profit-Squeeze-Theorie sieht folgendermaßen aus: Mit wachsender Akkumulation steigt die Nachfrage nach Arbeitskräften und die Arbeitslosigkeit geht zurück, bis es zu Arbeitskräfteknappheit kommt. Dadurch verbessert sich die Verhandlungsposition der Arbeiterklasse, der Anteil der Löhne am Wertprodukt steigt. Sieht man von der Verbilligung der Elemente des konstanten Kapitals durch Produktivitätssteigerungen ab, so bedeutet eine steigende Lohnquote eine sinkende Profitrate. Die sinkende

Proftrate führt zu einem Rückgang der Investitionen, die Akkumulation erlahmt. Dadurch steigt die Arbeitslosigkeit wieder, die Löhne sinken, die Profite erholen sich, so dass die Bedingungen für einen erneuten Aufschwung geschaffen werden. Das Modell liefert also eine endogene Erklärung für den oberen und den unteren Wendepunkt eines Konjunkturzyklus. Philip Armstrong u.a. (1984) haben den Ansatz auch auf die überzyklische Entwicklung des Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg angewendet, wobei die These einer Blockierung der »kathartischen« Funktion der »industriellen Reservearmee« zentral ist.

Vordergründig ähnelt die Profit-Squeeze-Theorie der neoklassischen Erklärung von »freiwilliger« Arbeitslosigkeit aus »zu hohen« Löhnen. In der neoklassischen Theorie werden »zu hohe« Löhne allerdings durch vermeintlich exogene Faktoren, insbesondere eine quasi-monopolistische Gewerkschaftsmacht erklärt, während die Profit-Squeeze-Theorie eine endogene Erklärung anbietet, in der die Löhne von der Akkumulation abhängig sind. Sofern steigende Löhne aus der Sicht der Profit-Squeeze-Theorie die Knappheit des Arbeitskräfteangebots widerspiegeln, sind sie auch marktgemäß. In einer stärker auf den Klassenkampf orientierten, »operaistischen« Version der Profit-Squeeze-Theorie treiben die Arbeiter den Kapitalismus tatsächlich durch hohe Lohnforderungen in die Krise. Der Sachverhalt, der von den neoklassischen Ökonomen beklagt wird, wird hier positiv gesehen. Können Arbeiter die Krise auslösen, so ist dies aus einer revolutionären Perspektive ein hoffnungsvolles Zeichen.

Gegen die skizzierte einfache Version der Profit-Squeeze-Theorie können verschiedene Einwände vorgebracht werden (vgl. Shaikh 1978, 35ff; Priewe 1988, 30ff), von denen hier nur zwei zentrale genannt werden sollen. Erstens müssten Produktivitätssteigerungen berücksichtigt werden. Zu einer Arbeitskräfteknappheit kommt es nur dann, wenn das Wachstum größer ist als die Produktivitätssteigerungen, und eine Profitklemme setzt voraus, dass die Löhne stärker steigen als die Produktivität. Zudem müsste der Anstieg der Lohnquote auch die Verbilligung der Elemente des konstanten Kapitals überkompensieren, die ebenfalls aus einem Produktivitätsanstieg resultiert. Zweitens werden Löhne zwar als Kostenfaktor wahrgenommen, bleiben als Nachfragefaktor aber ausgeblendet. Überhaupt müssten auch Nachfrage- und Realisationsprobleme berücksichtigt werden. Für die Bestimmung des oberen und des unteren Wendepunktes des Konjunkturzyklus müsste gezeigt werden, dass der Kosteneffekt steigender oder sinkender Löhne jeweils stärker ist als der gegenläufige Nachfrage- und Kapazitätsauslastungseffekt. In weiterentwickelten Versionen des Profit-Squeeze-Ansatzes werden diese Einwände zum Teil aufgenommen (vgl. z.B. Itoh/Lapavistas 1999, 128ff).

#### 4. Die monetäre Dimension des Akkumulationsprozesses

Die Krisentendenzen der Kapitalakkumulation und die skizzierten krisentheoretischen Ansätze erscheinen in einem anderen Licht, wenn die marxsche Theorie als *monetäre* Werttheorie begriffen wird (vgl. Hein 1997; Heinrich 1999). Drei Punkte

sind dabei hervorzuheben. Erstens resultiert die *Möglichkeit* der Krise in abstrakter Form bereits aus den Funktionen des Geldes als Zirkulations-, Wertaufbewahrungs- und Zahlungsmittel. Gegen das saysche Gesetz, wonach sich jedes Angebot seine eigene Nachfrage schafft und eine allgemeine Überproduktion von Waren demnach unmöglich ist, macht Marx deutlich, dass dies nur dann gilt, wenn vom Geld abstrahiert wird, wenn der Kapitalismus also als Naturaltausch- oder Planwirtschaft aufgefasst wird (vgl. MEW 26.2, 492ff; 23, 127f). Tatsächlich muss niemand, der Ware gegen Geld verkauft hat, unmittelbar wieder kaufen. Geld kann sehr wohl gehortet und der Warenzirkulation entzogen werden, wodurch ein Ausfall an effektiver Nachfrage und mithin die Möglichkeit der Überproduktionskrise erzeugt wird.

Zweitens sind Kreditverhältnisse grundlegend für den Akkumulationsprozess, wengleich die Kredittheorie von Marx nur in fragmentarischer Form hinterlassen wurde. Ohne die Berücksichtigung des Kredits bleibt die Elastizität der kapitalistischen Produktion unverständlich. Der Kredit ist ein wesentlicher Faktor der effektiven Nachfrage. So sind die Investitionen nicht durch den realisierten Mehrwert, der in den Akkumulationsfonds fließt, beschränkt, vielmehr können die Kapitalisten auf Kreditgeld zurückgreifen, das im Bankensystem »aus dem Nichts« geschaffen wird. Die Akkumulation wird durch das Verhältnis von erwarteter Profitrate und Zinssatz gesteuert, wobei letzterer ein Maß für die bei einer Investition zu erwirtschaftende Mindestrendite darstellt. Langfristig stellt die allgemeine Profitrate die Obergrenze für die Zinsrate dar, da der Zins aus dem realisierten Profit bezahlt werden muss. Die Aufteilung des Profits in Zins und Unternehmergewinn wird, wie Marx feststellt, durch »kein allgemeines Gesetz« geregelt (25, 376), sondern ergibt sich aus dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage nach Geldkapital, aus institutionellen Bedingungen und historischen Kräfteverhältnissen zwischen den Klassen und Klassenfraktionen.

Die Kreditverhältnisse konstituieren also eine zweite, für die Verteilung und die Akkumulation relevante Konfliktachse: Zu dem Verhältnis von Kapitalisten und Arbeitern tritt das Verhältnis von industriellen Kapitalisten und Geldkapitalisten hinzu<sup>2</sup>. Im Verhältnis von Lohn, industriellem Profit (d.h. einbehaltenen Gewinnen der Unternehmen) und Zins gibt es keine unabhängigen Variablen. Aus der logischen Reihenfolge der Kategorien in der marxischen Darstellung der kapitalistischen Produktionsweise lässt sich auch nicht zwingend ableiten, welchen Größen in der historischen Bewegung des Akkumulationsprozesses das Primat zukommt. Bewegungen des Zinssatzes etwa können je nach Überwälzung auf die Preise die Reallöhne oder die industriellen Profite beeinflussen. Nominallohnsteigerungen können bei gebebe-

---

2 Die Funktionen des industriellen Kapitalisten und des Geldkapitalisten können durchaus in ein und derselben Person oder in einem Unternehmen vereint sein. Marx zeigt im zweiten Band des *Kapital*, dass es im Kreislauf des industriellen Kapitals zur periodischen Freisetzung von Geldkapital kommt, das als Kredit Dritten zur Verfügung gestellt wird (vgl. u.a. MEW 24, 87ff, 181f, 260-95; vgl. auch Itoh/Lapavistas 1999, 65-9). Die industriellen Kapitalisten sind also strukturell nicht nur Nachfrager, sondern auch Anbieter von Kredit.

nen Zinsen zur Senkung der Profite führen, sie können auch durch Preissteigerungen zunichte gemacht werden. Der Verteilungskonflikt zwischen Löhnen und industriellen Profiten kann jedoch auch inflationär auf Kosten der Realzinsen geschlichtet werden.

Drittens ist zu betonen, dass die Kreditverhältnisse der kapitalistischen Produktion nicht nur ihre Elastizität verleihen, sondern auch die Reichweite von Krisen vergrößern. Die Zahlungsunfähigkeit eines Schuldners betrifft auch seine Gläubiger und kann eine Kettenreaktion auslösen. Zudem werden konjunkturelle Bewegungen dadurch verstärkt, dass sich die Zinsrate in der Regel gegenläufig zur Profitrate bewegt (vgl. Itoh/Lapavistas 1999, 128ff). Darüber hinaus treten Geld- und Kreditkrisen nicht nur im Zuge von Produktions- und Handelskrisen auf, sondern können auch unabhängig davon aus dem Finanzsystem selbst resultieren und dann auf Produktion und Handel zurückschlagen (vgl. MEW 23, 152). Diese Zusammenhänge werden um so relevanter, je mehr mit der Entwicklung der Finanzmärkte die Bewegungen des »fiktiven Kapitals« an Bedeutung gewinnen, das auf den dort gehandelten Rechtsansprüchen auf Einkommen aus zukünftigen Verwertungsprozessen beruht (vgl. 25, 482ff; Guttman 1996, 178).

Welches Fazit können wir aus der Diskussion der dargestellten krisentheoretischen Ansätze ziehen? Jeder der Ansätze hat eine Berechtigung, insofern er die Aufmerksamkeit auf einen bestimmten Zusammenhang lenkt, der für die Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise wesentlich ist: Beim »Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate« stehen die widersprüchlichen Auswirkungen der Produktivitätssteigerungen auf die Wertzusammensetzung des Kapitals und die Akkumulation im Zentrum. Die Unterkonsumtionstheorien lenken den Blick auf Realisierungsprobleme und die effektive Nachfrage. Die Profit-Squeeze-Theorie thematisiert den Zusammenhang von Akkumulation, Arbeitsmarkt- und Lohnentwicklung. Zugleich bleibt jeder dieser Ansätze unzulänglich, solange er einen bestimmten Wirkungszusammenhang verabsolutiert und die anderen Aspekte vernachlässigt. Keiner der Ansätze ermöglicht es, den Eintritt einer Krise vorzuberechnen oder die Unvermeidlichkeit des Zusammenbruchs des Kapitalismus zu beweisen. Zugleich liefern jedoch alle Ansätze Argumente dafür, warum im Kapitalismus Krisen und Verwerfungen im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess eher die Regel als die Ausnahme sind. Alle drei Ansätze wurden auf einem hohen Abstraktionsniveau formuliert. Die Kontingenz des Akkumulationsprozesses wird erst recht deutlich, wenn man seine monetäre Dimension und die Rolle des Finanzsystems berücksichtigt. Zur Analyse konkreter Akkumulationsverläufe und Krisen ist es notwendig, den Grad der Komplexität und Konkretion der krisentheoretischen Argumentation erheblich zu steigern. Wir verlassen damit die Ebene von Aussagen über die kapitalistische Produktionsweise in ihrem »Durchschnitt«, die der Gegenstand von Marx »Kritik der politischen Ökonomie« war (vgl. MEW 25, 839), und begeben uns auf die Ebene historisch-konkreter Prozesse, die die Variabilität der kapitalistischen Verhältnisse in Raum und Zeit deutlich machen.

### *5. Der Regulationsansatz und die Krise des Fordismus*

Die Entwicklung der Neuen Linken und die Strukturkrise der kapitalistischen Gesellschaftsformationen in den 1970er Jahren hat auch eine Erneuerung des krisentheoretischen Denkens und eine Vielfalt an Analysen über die kapitalistische Entwicklung hervorgebracht. Der Regulationsansatz (vgl. Aglietta 1979; Boyer 1986; Hübner 1990; Boyer/Saillard 1995; Demirovic u.a. 1992; Esser u.a. 1994; Lipietz 1998; Jessop 2001; Brand/Raza 2003), auf den ich mich im folgenden beziehe, baut auf der marxischen Theorie der kapitalistischen Produktionsweise sowie auf postkeynesianischen und institutionalistischen Konzepten auf und entwickelt ein Set von intermediären Begriffen, die es erlauben, historisch-konkrete Gesellschaftsformationen in ihrer Akkumulations- und Krisendynamik zu untersuchen. Er fasst den Prozess der Reproduktion der widersprüchlichen sozialen Verhältnisse als Prozess von sozialen Kämpfen auf, in dem sich Produktions- und Konsumnormen, Regulationsweisen und Akkumulationsregime durch historische Kompromisse und die hegemoniale Produktion von Konsens herausbilden. In ihrer expliziten Frontstellung gegenüber dem Mainstream neoklassischer Ökonomen, aber auch in einer eher impliziten Kritik gegenüber dem »kapitallogischen« Marxismus nahmen die »Regulationisten« eine Umkehrung der traditionellen krisentheoretischen Problemstellung vor: Wenn die kapitalistische Produktionsweise grundsätzlich krisenhaft und strukturell instabil ist, wie hat sie dann so lange überdauern können? Und wie konnte es zu jener Prosperitätskonstellation kommen, die für die 1950er und 1960er Jahre so bestimmend war, dass man rückblickend von einem »goldenen Zeitalter« des Kapitalismus sprechen kann?

Die regulationstheoretische Analyse der im Anschluss an Gramsci als Fordismus bezeichneten Entwicklungsweise zeigt, dass sich auf der Basis eines spezifischen Klassenkompromisses zwischen Kapitalisten und Lohnabhängigen ein institutionelles Gefüge entwickelt hatte, das ein paralleles Wachstum von Produktivität, Reallöhnen und Profiten ermöglichte, so dass eine vergleichsweise regelmäßige Akkumulation möglich wurde. Die Arbeiter akzeptierten die Hoheit der Kapitaleigner in der Arbeitsorganisation im Austausch gegen die Beteiligung am Produktivitätsfortschritt. Die auf der Basis der tayloristischen Arbeitsorganisation erzielten Produktivitätszuwächse erlaubten steigende Reallöhne, ohne zugleich das Wachstum der Profite zu stark zu restringieren. Die steigenden Reallöhne wiederum ermöglichten die Entwicklung des Massenkonsums. Der Fordismus gewinnt seine Dynamik also aus der Transformation der Lebensweise der Lohnempfänger, die in einem qualitativ neuen Maß zum immanenten Moment der Kapitalakkumulation wird. Die Institutionalisierung dieses »intensiven Akkumulationsregimes« verläuft über die Anerkennung der Gewerkschaften seitens der Unternehmen, die Etablierung von Tarifverhandlungen, den Ausbau der Sozialleistungen, die Ablösung der Geldware Gold durch staatlich reguliertes Zentralbankgeld bzw. Kreditgeld und eine ganze Reihe weiterer Mechanismen.

Allerdings zeigt die regulationstheoretische Analyse des Fordismus auch, dass das intensive Akkumulationsregime eigene, endogene Krisentendenzen hat. Zum einen wurden die für den Kapitalismus des 19. Jahrhunderts typischen scharfen kon-

junkturrellen Krisen im Fordismus nur dadurch vermieden, dass die für den kapitalistischen Verwertungsprozess unausweichlichen Fluktuationen und Verschiebungen der Wertverhältnisse im Rahmen der monopolistischen Regulation bereits antizipiert und in die Preise inkorporiert wurden. Periodische Schübe der Kapitalvernichtung wurden durch »geplanten Verschleiß«, erhöhte Abschreibungen und schleichende Inflation ersetzt.

Zum anderen stieß die tayloristische Transformation des Arbeitsprozesses an Grenzen. Die Produktivitätssteigerung qua Mechanisierung führte ab einem bestimmten Punkt zu einem übermäßigen Anstieg der Wertzusammensetzung des Kapitals. Zudem reagierten die Arbeiter Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre auf die zunehmende Intensivierung und Degradierung der Arbeit mit vermehrten Streiks, Absentismus und Sabotageakten, was sich in sinkenden Produktivitätszuwächsen ausdrückte. Das Resultat war eine sinkende Profitrate, die schließlich zum Erlahmen der Akkumulation führte. Mit dem Absinken der Produktivitätszuwächse gerieten die fordistischen Mechanismen der Einkommensbildung unter Druck, die Kapitalisten kündigten unter dem Druck der Krise den Klassenkompromiss auf und suchten Zuflucht in einer Absenkung der Löhne und Sozialleistungen sowie in der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse. Hier bot sich der Neoliberalismus als gesellschaftliches Umbauprogramm an. Dass der Kapitalismus nach über zwei Jahrzehnten des neoliberalen Umbaus heute nicht noch tiefer in der Krise steckt, spricht weniger für die Kohärenz des Neoliberalismus als vielmehr für die Stärke der mit dem Fordismus etablierten institutionellen Absicherungen der Kapitalakkumulation, die nur schleichend erodiert sind bzw. nur teilweise zerstört wurden. Daher ist die heutige Situation auch nicht mit der Krise der 30er Jahre vergleichbar.

## *6. Aktuelle Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Produktionsweise*

Interpretiert man die Grenzen des Taylorismus als »technologische«, könnte auch der Ausweg aus der Krise des Fordismus ein technologischer sein. So könnten die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zu einer Erhöhung der Arbeitsproduktivität, einer deutlichen Verbilligung der Elemente des konstanten Kapitals und damit zu einer sinkenden Wertzusammensetzung des Kapitals und zu einer steigenden Profitrate führen. Die Auswirkungen der neuen I+K-Technologien sind jedoch heftig umstritten, wie etwa die Diskussion über das sogenannte »Produktivitätsparadoxon« (d.h. die nur mäßigen Produktivitätssteigerungen trotz hoher IT-Investitionen) zeigt (vgl. Scherrer 2001).

Interpretiert man die Grenzen des Taylorismus eher als soziale oder politische, so rücken Fragen der Arbeitsorganisation ins Zentrum. Die Entwicklung der 80er Jahre schien den Verfechtern der »Humanisierung der Arbeit« und der »soziotechnischen« Ansätze der Arbeitsorganisation Recht zu geben: dort, wo stärker auf die ausgehandelte Einbindung der Arbeiter und die Vergrößerung ihrer Autonomiespielräume im Arbeitsprozess gesetzt wurde, wie in Skandinavien, Deutschland oder Japan, wurden die größeren Produktivitätssteigerungen erzielt. Länder wie die USA oder Groß-

britannien dagegen, in denen eher die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und die Senkung der Löhne verbunden mit einem Frontalangriff auf die Gewerkschaften vorangetrieben wurde und die den Prinzipien des Taylorismus stärker verhaftet blieben, drohten im Regimewettbewerb zurückzufallen.

Im Laufe der 90er Jahre hat sich das Bild jedoch erneut umgekehrt. So hat der lange Konjunkturaufschwung in den USA anscheinend im Vergleich zur EU nicht nur höhere Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts, sondern auch größere Produktivitätssteigerungen mit sich gebracht, von der Situation in Japan, das seit einem Jahrzehnt nicht aus der Deflation herausfindet, ganz zu schweigen. Das angelsächsische Modell wurde wieder als Vorbild gehandelt; und auch dort, wo noch in den frühen 90er Jahren Ansätze einer innovativen Arbeitsorganisation verfolgt wurden, wurden wieder eher neotayloristische Wege beschritten (vgl. z.B. Jürgens 1997, Springer 1999, Schumann 2003). Dies verweist darauf, dass die Grenzen des Taylorismus selbst nicht absolut, sondern von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen abhängig sind. Die neuerliche »Effizienz« neotayloristischer Organisationsformen hat auch mit der Bereitschaft zur Unterordnung der Arbeitskräfte angesichts des subjektiv und objektiv verschärften Drucks durch die »industrielle Reservearmee« im globalen Maßstab und angesichts der vermeintlichen politischen Alternativlosigkeit nach dem Ende des Staatssozialismus zu tun.

Angesichts des gegenwärtigen widersprüchlichen Nebeneinanders von neotayloristischen Tendenzen und Tendenzen einer stärkeren kapitalistischen Nutzung der subjektiven Potenziale der Arbeitenden, das mit einer vertieften Segmentierung der Arbeitsverhältnisse im nationalen und internationalen Maßstab einhergeht, ist die weitere Entwicklung kapitalistischer Produktion nur schwer abzuschätzen. Auch der Charakter der einzelnen Tendenzen ist widersprüchlich. So beinhaltet die »Subjektivierung von Arbeit«, die eine verstärkte Selbstführung der Individuen voraussetzt, einerseits eine Intensivierung von Herrschaft, auch verstanden als Herrschaft über die »innere Natur«, andererseits aber auch neue Potenziale, die über die Grenzen kapitalistischer Arbeitsorganisation hinausweisen.<sup>3</sup> In welchem Maße und zu welchem Preis es durch neotayloristische Organisationsformen oder durch die Subjektivierung von Arbeit gelingt, weiterhin eine Steigerung der Produktivkraft der Arbeit auf kapitalistischer Basis zu erreichen, bleibt abzuwarten. Die seit Mitte der 80er Jahre feststellbare Erholung der Profitabilität des Kapitals könnte weniger auf eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität im engeren Sinne als auf andere Faktoren wie die Ausdehnung der Maschinenlaufzeiten, die Verhinderung von Lohnzuwächsen<sup>4</sup> und die Steigerung der Umschlagsgeschwindigkeit des Kapitals zurückzuführen sein.

Ungeachtet des New-Economy-Booms der 90er Jahre ist eine Diskrepanz zwischen der Erholung der Profitabilität des Kapitals und der zurückbleibenden

---

3 Vgl. zur neueren deutschen Debatte um die Konturen nachfordistischer Produktion und Arbeit u.a. Glißmann/Peters 2001, Dörre 2002, Dörre/Röttger 2003, Moldaschl/Voß 2003.

4 Die Lohnquote ist in den letzten beiden Jahrzehnten in den kapitalistischen Metropolen erheblich gesunken, und die Reallöhne stagnieren weitgehend.

industriellen Kapitalakkumulation, die sich in niedrigen Wachstumsraten der Anlageinvestitionen und des Sozialprodukts ausdrückt, festzustellen. Die Akkumulationsschwäche hängt aus regulationstheoretischer Perspektive mit einer Erschöpfung der fordistischen Konsumnorm zusammen. Dabei handelt es sich nicht bloß um ein Problem mangelnder Konsumnachfrage. Die fordistische Periode nimmt in der kapitalistischen Entwicklung vor allem deshalb eine Sonderstellung ein, weil sie durch eine wahrscheinlich historisch einmalige Umgestaltung der Lebensweise der Lohnabhängigen gekennzeichnet ist. Die Entwicklung des Massenkonsums ermöglichte auch eine durchgreifende Rationalisierung der Reproduktion der Lohnabhängigen, d.h. eine Senkung des Werts der Arbeitskraft, eine Steigerung des relativen Mehrwerts trotz gleichzeitig steigender Reallöhne. Heute sind nicht nur die Reallöhne zu niedrig bzw. bleiben zu stark hinter der Produktivitätsentwicklung zurück. Die Sättigung der Massenmärkte für die für den Fordismus charakteristischen langlebigen Konsumgüter wie Autos und Haushaltsgeräte wirft zudem das Problem auf, wie eine postfordistische Konsumnorm aussehen kann.

Dabei geht es nicht nur um die massenhafte Verbreitung neuer Waren, die ja durchaus zu beobachten ist (z.B. Handys, PCs etc.), sondern um eine weitere Ökonomisierung der Reproduktion der Lohnabhängigen. Mit dem Neoliberalismus wird zwar eine erneute Umwälzung der Lebensweise in Gang gesetzt, insbesondere die Bereiche des Bildungs- und Gesundheitswesens, die bisher weitgehend den Frauen aufgebürdete Erziehungs- und Pflegearbeit und die Freizeitgestaltung werden zu Ansatzpunkten einer erweiterten Kommodifizierung. Die kapitalistische Rationalisierung der Arbeitsorganisation stößt in diesen Bereichen jedoch zum Teil auf erhebliche Schwierigkeiten. Es muss sich erst noch erweisen, ob mit der Kommodifizierung dieser Bereiche im Durchschnitt auch eine Rationalisierung der Reproduktion der Lohnabhängigen, d.h. eine Senkung des Werts der Arbeitskraft einhergeht – oder ob nicht vielmehr aus der schrittweisen Inkorporierung neuer Waren und Dienstleistungen in die gesellschaftlichen Konsumnormen eine Verteuerung der Arbeitskraft resultiert. Davon hängt es ab, ob ein neuer Schub »intensiver Akkumulation« im Sinne Agliettas (1979) möglich ist oder ob es eher zu einer Verschärfung der Krisentendenzen kommt. Dass die Kommodifizierung weiterer Reproduktionsbereiche offenbar nur auf der Basis einer stärkeren Einkommensspreizung und eines Niedriglohnssektors möglich ist, ist aus dieser Perspektive als ein Indiz für die Schranken zu werten, auf die die intensive Akkumulation stößt: Wenn Produktivitätssteigerungen in den neu kommodifizierten Bereichen ausbleiben, dann können sie kapitalistisch nur auf der Basis unterdurchschnittlicher Löhne bei den Produzenten und überdurchschnittlicher Einkommen bei den Konsumenten organisiert werden – Konsumenten und Produzenten gehören dann notwendigerweise verschiedenen Gruppen an. Ob mehr soziale Ungleichheit aber im Durchschnitt auch mehr Wachstum bedeutet, ist mehr als fraglich.

Die nach wie vor zu beobachtende Akkumulationsschwäche im industriellen Sektor hat zwei wesentliche Konsequenzen. Erstens kommt es zu einer zunehmenden Akkumulation des anlagensuchenden Kapitals im Finanzsektor. Die Globalisie-

rung der Finanzmärkte und die Entwicklung derivativer Finanzgeschäfte haben neue Anlagensphären eröffnet, die das Akkumulationsproblem zunächst lösen und gleichzeitig in veränderter Form erweitert reproduzieren. Wir erleben den Übergang von einem eher kredit- und bankorientierten zu einem marktorientierten Finanzsystem, in dem das fiktive Kapital eine wachsende Bedeutung gewinnt. Die beschleunigte Akkumulation im Finanzsektor ist nicht nur Folge der Akkumulationsschwäche im industriellen Sektor, sie trägt ihrerseits zu deren Reproduktion bei, denn die durch institutionelle Investoren vermittelten Renditeansprüche der Geldvermögensbesitzer lasten trotz gestiegener Profitabilität in der Industrie zunehmend wie ein Bleigewicht auf der industriellen Akkumulation (vgl. Chesnais 1994; Huffs Schmid 1999; Altvater/Mahnkopf 1999, Kap. 5; Sablowski/Rupp 2001; Duménil/Lévy 2002).

Die Entwicklung in den USA während der 90er Jahre hat allerdings auch die Frage aufgeworfen, inwieweit es eventuell positive Rückkopplungseffekte zwischen steigenden Wertpapierpreisen, die ja ein Ausdruck der beschleunigten Akkumulation fiktiven Kapitals sind, und der industriellen Akkumulation gibt. Aglietta und Boyer haben die These vertreten, dass sich möglicherweise ein finanzgetriebenes Akkumulationsregime herausbildet, in dem steigende Wertpapierpreise selbst zu einer Quelle höherer Konsum- und Investitionsnachfrage und damit vermehrter Akkumulation im industriellen Sektor werden (vgl. Aglietta 2000; Aglietta/Breton 2001; Boyer 2000). Ein solches Akkumulationsregime würde allerdings angesichts der extrem ungleichen Verteilung des Wertpapierbesitzes nicht nur zu einer Verschärfung der sozialen Ungleichheiten und zu einer vermehrten finanziellen Instabilität führen – die aus der Wertpapierinflation resultierenden Konsumeffekte sind im Vergleich zu anderen Komponenten der effektiven Nachfrage empirisch auch eher als gering zu veranschlagen (vgl. Sablowski/Alnasseri 2001).

Die zweite wesentliche Konsequenz der Akkumulationsschwäche im industriellen Sektor ist die Bildung von Überkapazitäten, deren Bedeutung für die globale Krisendynamik in jüngster Zeit vor allem von Robert Brenner (1998, 2003) betont wurde. Die globale kapitalistische Entwicklung der letzten Jahrzehnte ist dadurch gekennzeichnet, dass ein höheres Wachstum in einer Region der Triade USA – Westeuropa – Japan jeweils auf Kosten der anderen Regionen erreicht wurde, wobei die Währungsrelationen entscheidend für die Vermittlung der ungleichen Entwicklung waren. Immer dann, wenn sich Krisenprozesse in einer Region zuzuspitzen drohten, wurde versucht, geldpolitisch einen Ausgleich zu schaffen, ohne dass das Akkumulationsproblem auf globaler Ebene gelöst werden konnte. Dies verweist darauf, dass die Dynamik des Kapitalismus nur im Weltmarktzusammenhang analysiert werden kann, da die Akkumulations- und Krisenverläufe in den einzelnen Weltregionen teils gegenläufig und teils komplementär sind.

Von den Verschiebungen der Kapitalmassen zwischen den Weltregionen haben in den 90er Jahren vor allem die USA profitiert. Ihr konsum- und verschuldungsgetriebenes Wachstum (vgl. Evans u.a. 2001; Brenner 2003) war nur durch die Weltgeldfunktion des Dollar möglich, die den USA die Möglichkeit gibt, sich in eigener Währung zu verschulden, ohne wie andere Länder das Risiko einer mit der Abwertung

der eigenen Währung verbundenen Überschuldung tragen zu müssen. Dies ermöglicht es den USA, außergewöhnlich hohe Leistungsbilanzdefizite in Kauf zu nehmen. Zudem profitierten die USA von den Krisen in anderen Regionen, insbesondere in Japan und in den Schwellenländern, die zu einem großen Kapitalzustrom furhrten, zur Steigerung der Wertpapierpreise beitrugen und die problemlose Finanzierung der wachsenden Leistungsbilanzdefizite ermöglichten. Die Frage ist allerdings, ob dieser Entwicklungspfad auf Dauer weiter beschritten werden kann. Es ist nicht sicher, dass die internationalen Investoren bereit sind, die wachsenden Leistungsbilanzdefizite der USA weiter zu finanzieren und eine unbegrenzte Verschuldung zu akzeptieren, zumal mit dem Euro nun auch ein ernstzunehmender Konkurrent des Dollar heranwächst. Ob der Dollar Weltgeld bleibt, hängt auch vom weiteren Verlauf der europäischen Integration ab. Aus dieser Perspektive lässt sich der Krieg der USA gegen den Irak auch als ein Krieg zur Verteidigung der Weltgeldfunktion des Dollar, für die die Fakturierung der globalen Olexporte von Bedeutung ist, interpretieren (vgl. Altvater 2003; Abdolvand/Adolf 2003).

Das zeigt, dass die Kapitalakkumulation kein rein ökonomischer Prozess ist, sondern auch politische und militärische Dimensionen hat. Die politischen und militärischen Prozesse bleiben jedoch umgekehrt unverständlich, wenn sie nicht auch mit den Mitteln der Akkumulations- und Krisentheorie analysiert werden.

### Literatur

- Abdolvand, Behrooz, u. Matthias Adolf, »Verteidigung des Dollar mit anderen Mitteln«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 48. Jg., 2003, H. 2, 175-85
- Aglietta, Michel, *A Theory of Capitalist Regulation*, London 1979
- ders., *Ein neues Akkumulationsregime*, Hamburg 2000
- ders. u. Régis Breton, »Financial Systems, Corporate Control and Capital Accumulation«, in: *Economy and Society*, 30. Jg., 2001, H. 4, 433-66
- Altvater, Elmar, »Die Währung des schwarzen Goldes. Der Olkrieg wird auch um die Vorherrschaft von Dollar und Euro geführt«, in: *Attac-Reader: Kritik der Globalisierungskriege*. Arbeitspapier Nr. 1 aus dem Wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland, Frankfurt/M 2003, 26-8
- ders. u. Birgit Mahnkopf, *Grenzen der Globalisierung*, 4. völlig überarbeitete Auflage, Münster 1999
- Armstrong, Philip, Andrew Glyn u. John Harrison, *Capitalism Since World War II*, London 1984
- Boyer, Robert, *La théorie de la régulation. Une analyse critique*, Paris 1986
- ders., »Is a finance-led growth regime a viable alternative to Fordism?«, in: *Economy and Society*, 29. Jg., 2000, H. 1, 111-45
- ders. u. Yves Saillard (Hg.), *Théorie de la régulation. L'état des savoirs*, Paris 1995
- Brand, Ulrich, u. Werner Raza (Hg.), *Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes*, Münster 2003
- Brenner, Robert, »The Economics of Global Turbulence«, in: *New Left Review* 229, 1998, 1-265
- ders., *Boom & Bubble. Die USA in der Weltwirtschaft*, Hamburg 2003
- Chesnais, François, *La mondialisation du capital*, Paris 1994
- Clarke, Simon, *Marx's Theory of Crisis*, Houndmills 1994

- Demirovic, Alex, Hans-Peter Krebs u. Thomas Sablowski (Hg.), *Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß*, Münster 1992
- Dörre, Klaus, *Kampf um Beteiligung. Arbeit, Partizipation und industrielle Beziehungen im flexiblen Kapitalismus*, Opladen 2002
- ders. u. Bernd Röttger (Hg.), *Das neue Marktregime*, Hamburg 2003
- Duménil, Gérard, u. Dominique Lévy, »Das Wesen und die Widersprüche des Neoliberalismus«, in: Michel Aglietta u.a., *Umbau der Märkte*, Hamburg 2002, 127-70
- Esser, Josef, Christoph Görg u. Joachim Hirsch (Hg.), *Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie*, Hamburg 1994
- Evans, Trevor, Michael Heine u. Hansjörg Herr, »Weiche Kurse – Harter Fall? Die außenwirtschaftlichen Perspektiven der US-Ökonomie.«, in: Arne Heise (Hg.), *USA – Modellfall der New Economy?*, Marburg 2001, 41-67
- Glüßmann, Wilfried, u. Klaus Peters, *Mehr Druck durch mehr Freiheit – Die neue Autonomie in der Arbeit und ihre paradoxen Folgen*, Hamburg 2001
- Glyn, Andrew, u. Bob Sutcliffe, *Die Profitklemme. Arbeitskampf und Kapitalkrise am Beispiel Großbritanniens*, Berlin 1974
- Goodwin, Richard M., »A Growth Cycle.«, in: C. H. Feinstein (Hg.), *Capitalism and Economic Growth*, Cambridge 1967, 54ff
- Hein, Eckhard, *Geld, effektive Nachfrage und Kapitalakkumulation*, Berlin 1997
- Heinrich, Michael, *Die Wissenschaft vom Wert*. Überarbeitete und erweiterte Neuauflage, Münster 1999
- Hickel, Rudolf, »Zur Interpretation der Marxschen Reproduktionsschemata«, in: *Mehrwert*, Nr. 2, 1973, 33-123
- Hübner, Kurt, *Theorie der Regulation*, Berlin 1990
- Huffschnid, Jörg, *Politische Ökonomie der Finanzmärkte*, Hamburg 1999
- Itoh, Makoto, »Die Entwicklung der Krisentheorie bei Marx«, in: *Prokla* 22, 6. Jg., 1976, H. 1, 101-23
- ders. u. Costas Lapavistas, *Political Economy of Money and Finance*, London 1999
- Jessop, Bob, *Regulation Theory and the Crisis of Capitalism*. 5 Bände, Cheltenham 2001
- Jürgens, Ulrich, »Rolling Back Cycle Times: The Renaissance of the Classic Assembly Line in Final Assembly«, in: Koichi Shimokawa u.a. (Hg.), *Transforming Automobile Assembly*, Berlin u.a. 1997, 255-73.
- Lipietz, Alain, *Nach dem Ende des goldenen Zeitalters*, Hamburg 1998
- Marx, Karl, u. Friedrich Engels, *Werke*, Berlin/DDR, 1957ff (zit. MEW)
- Moldaschl, Manfred, u. G. G. Voß (Hg.), *Subjektivierung von Arbeit*, München/Mering 2003
- Okishio, Nobuo, »Technische Veränderungen und Profitrate«, in: H. G. Nutzinger u. E. Wolfstetter (Hg.), *Die Marxsche Theorie und ihre Kritik*, Bd. 2, Frankfurt/M 1974, 173-91
- Prieue, Jan, *Krisenzyklen und Stagnationstendenzen in der Bundesrepublik Deutschland*, Köln 1998
- Rosdolsky, Roman, *Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen »Kapital«*, Frankfurt/M 1968
- Sablowski, Thomas, »Entwicklungstendenzen und Krisen des Kapitalismus«, in: Alex Demirovic (Hg.), *Modelle kritischer Gesellschaftstheorie*, Stuttgart/Weimar 2003, 101-30
- ders. u. Joachim Rupp, »Die neue Ökonomie des Shareholder Value. Corporate Governance im Wandel«, in: *Prokla* 122, 31. Jg., 2001, H. 1, 47-78
- ders. u. Sabah Alnasseri, »Auf dem Weg zu einem finanzgetriebenen Akkumulationsregime?«, in: Mario Candeias u. Frank Deppe (Hg.), *Ein neuer Kapitalismus?*, Hamburg 2001, 131-49
- Scherrer, Christoph, »New Economy: Wachstumsschub durch Produktivitätsrevolution?«, in: *Prokla* 122, 31. Jg., 2001, H. 1, 7-30
- Schumann, Michael, *Metamorphosen von Industriearbeit und Arbeiterbewusstsein*, Hamburg 2003
- Shaikh, Anwar, »Einführung in die Geschichte der Krisentheorien«, in: *Prokla* 30, 8. Jg., 1978, H. 1, 3-42
- Springer, Roland, *Rückkehr des Taylorismus? Arbeitspolitik in der Automobilindustrie am Scheideweg*, Frankfurt/M-New York 1999